

II-6.222 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3081J

1992-06-04

ANFRAGE

der Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend das Waffengesetz

Aus den EG-Rechtsakten 64/222, 64/223, 68/363 sowie 68/364 ergibt sich, daß die gesetzlichen Bestimmungen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft nicht mit dem österreichischen Waffengesetz vereinbar sind.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

ANFRAGE:

1. Ist von seiten Ihres Ressorts eine Novellierung des Waffengesetzes beabsichtigt?
2. Wenn ja, bis zu welchem Termin wird eine Regierungsvorlage dem Nationalrat vorgelegt werden?
3. Welche inhaltlichen Veränderungen sind darin zu erwarten? (Bitte um detaillierte Auflistung und Beschreibung der Inhalte.)
4. Ist in diesem Zusammenhang auch an eine Neufassung oder Novellierung des Bundesgesetzes über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial gedacht?
5. Wenn ja, mit welchem Ziel bzw. Inhalt?
6. Wenn Frage 4 mit ja beantwortet wurde: Bis zu welchem Termin wird eine Regierungsvorlage ausgearbeitet werden?
7. Mit welchen Mitteln werden seitens Ihres Ressorts Konsequenzen aus den bekanntgewordenen Munitionsgeschäften österreichischer Firmen mit den Kriegsparteien der beiden Golfkriege gezogen? Welche Konsequenzen werden insbesondere die Berichte des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages über die Tätigkeiten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gezogen?